

INHALT

1. „Gefahrenabwehrgesetz“ für eine Gefahr, die es nicht gibt
2. Regierungskoalition plant Ausweitung der Mitbestimmung auf Kosten der Kommunen
3. Per Raumordnung zu Großgemeinden?
4. CDU-Fraktion hakt in Sachen Heydemann nach
5. Landesforsten auf der Erfolgsspur
6. Schlag ins Gesicht des Ehrenamtes

18.01.2013

„Gefahrenabwehrgesetz“ für eine Gefahr, die es nicht gibt
SPD, Grüne und SSW wollen Sparkassengesetz in Eilverfahren ändern



CDU-Fraktionschef, Johannes Callsen, MdL

CDU-Fraktionschef Johannes Callsen sprach von einem „parlamentarischen Skandal“: Einen Tag, nachdem sich der Ältestenrat einvernehmlich über die Tagesordnung für die Landtagssitzung der kommenden Woche verständigt hatten, kündigten die Fraktionsvorsitzenden von SPD, Grünen und SSW an, in der kommenden Woche in erster und zweiter Lesung eine Änderung des Sparkassengesetzes verabschieden zu wollen. SPD-Fraktionschef Stegner begründete die ungewöhnliche Vorgehensweise damit, dass es sich um ein „Gefahrenabwehrgesetz“ handle. Wenn das Innenministerium dem von der Bankenaufsicht und dem Kartellamt bereits genehmigten Antrag der Hamburger Sparkassen Holding stattgebe, sich an der Sparkasse Hohenwestedt zu beteiligen, dann drohe über europäische Gerichte der Einstieg europäischer Großbanken. Dies müsse unbedingt verhindert

werden.

„Nichts daran ist neu. All diese Argumente sind im Rahmen der Sparkassennovelle 2010 breit erörtert worden. SPD, Grüne und SSW hätten - wenn es denn ihrer Ansicht nach eine "Gefahr" gegeben hätte - nach der Regierungsübernahme sieben Monate Zeit zum Handeln gehabt“, so Callsen. Dies hätten die Regierungsfractionen nicht getan, obwohl die Pläne der HaSpa und der Sparkasse Hohenwestedt seit Monaten bekannt seien.

CDU-Bankenexperte Tobias Koch wies darauf hin, dass im von der CDU-geführten Landesregierung beschlossenen Sparkassengesetz aufgrund der Bedenken eine Rückabwicklungsklausel aufgenommen wurde.

„Falls aufgrund einer Entscheidung europäischer Gerichte andere private Institute zugelassen werden müssten, kann die Beteiligung der HaSpa rückgängig gemacht werden. Nach meiner Kenntnis ist dies im Fall der Sparkasse Hohenwestedt vertraglich in einer Weise geregelt worden, die das Land keinen Cent kosten würde“, betonte Koch.

Im Ergebnis würden SPD, Grüne und SSW den Sparkassen in der kommenden Woche in einem Verfahren mit der Brechstange die Chance nehmen, das unter den Basel III Kriterien dringend benötigte Eigenkapital einzuwerben. Dabei sei noch nicht einmal im Ansatz erkennbar, wie SPD, Grüne und SSW eine Alternative schaffen wollten.

„Einmal mehr erweist sich der von Ministerpräsident Albig beschworene Dialog als Worthülse“, so Callsen.

Regierungskoalition plant Ausweitung der Mitbestimmung auf Kosten der Kommunen SPD, Grüne und SSW Zahl der Freistellungstage drastisch erhöhen

SPD, Grüne und SSW haben einen Gesetzentwurf zur Änderung des Mitbestimmungsgesetzes in die Anhörung gegeben. Dieser sieht unter anderem auch für die Kommunen eine deutliche Erhöhung der Freistellungstage für Personalräte vor.

Die innenpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Petra Nicolaisen, hat in diesem Zusammenhang vor einer Ausweitung der Mitbestimmung auf Kosten der Kommunen gewarnt. Sie kündigte im Rahmen der Anhörung zum Gesetzentwurf der Koalition eine juristische Prüfung der Frage der Konnexität an.

Erst 2010 hatte die CDU-geführte Landesregierung die Zahl der Freistellungstage auf das jetzige Maß reduziert. Eine Prüfung, ob die erneute Anhebung sachlich begründet ist, hat bislang nicht stattgefunden. Die Arbeitsgemeinschaft der Kommunalen Landesverbände haben darauf in einer Stellungnahme hingewiesen. Dem Gesetzentwurf fehle sowohl eine nachvollziehbare Begründung als auch eine Kostenabschätzung.

"Mein Eindruck ist, dass die Personalräte ihre Arbeit nach wie vor sehr erfolgreich leisten“, erklärte Nicolaisen.

Es gebe deshalb überhaupt keinen Grund für die von SPD, Grünen und SSW geplante drastische Erhöhung der Freistellungstage. Wenn die Regierung die Kommunen zu einer so deutlichen Ausweitung der Freistellungen zwingen wolle, dann müssten SPD, Grüne und SSW deshalb den Kommunen auch die Mittel zur Verfügung stellen.

„Ohne zusätzliche Stellen geht eine Erhöhung der Freistellungstage für Personalräte

automatisch zu Lasten der anderen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Eine Ausweitung der Mitbestimmung darf deshalb nicht auf Kosten der Kommunen erfolgen“, so Nicolaisen.

Link zum Gesetzentwurf der Koalition:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/0100/drucksache-18-0191.pdf>

Link zur Stellungnahme der Kommunalen Spitzenverbände:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/umdrucke/0500/umdruck-18-0531.pdf>



Petra Nicolaisen, MdL

Per Raumordnung zu Großgemeinden?

Planungen der Landesregierung können im Internet kommentiert werden

Bis zum 28. Januar 2013 ist auf der Homepage der Landesregierung ein Diskussionsforum zum Neuzuschnitt der Planungsräume geschaltet worden. Die SPD-geführte Landesregierung beabsichtigt bislang, die Planungsräume als Grundlage der Raumordnung von fünf auf vier zu reduzieren.

„Die Planungsräume sind eine wichtige Grundlage für die Bauleitplanung der Kommunen, mit der Flächennutzungs- und Bebauungspläne aufgestellt werden. Ich befürchte, dass die Landesregierung über das Planungsrecht ganz wesentlich ihr im Koalitionsvertrag formuliertes Ziel voran bringen will, Gemeinden mit nicht weniger als 8000 Einwohnern zu schaffen. Wir müssen aufpassen, dass die Planung neben dem Finanzausgleichsgesetz nicht als Hebel genutzt wird, um unsere gemeindliche Struktur zu zerschlagen“, erklärte dazu die innenpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, Petra Nicolaisen.

Interessierte Bürgerinnen und Bürger können im Internet ihre Kommentare zum Vorschlag der Landesregierung abgeben (Links siehe unten). Dies gilt ausdrücklich auch für den Zuschnitt der Planungsräume. Neben dem Vorschlag der Landesregierung werden fünf weitere Modelle zur Diskussion gestellt. Vier davon sehen drei Planungsräume vor, einer lediglich zwei. Die Beibehaltung von fünf Planungsräumen wird seitens der Landesregierung offensichtlich von Beginn an ausgeschlossen.

„Der vorgesehene Neuzuschnitt der Planungsräume kann nicht nur durch die damit verbundene Zerschneidung des Hamburger Randgebietes zu erheblichen Nachteilen führen“, hatte Nicolaisen die Pläne der Landesregierung bereits in ihrer ersten Reaktion im November 2012 kommentiert.

Die CDU-Innenpolitikerin wünscht sich angesichts der großen Bedeutung der Planungsräume

für die Entwicklung vor Ort eine möglichst breite Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger.

Bislang wurden seit dem 10. Dezember letzten Jahres erst fünf Kommentare im Forum abgegeben. „Das angebliche Dialogforum ist auf der Homepage so versteckt angelegt worden, dass es nur mit erheblichem Aufwand zu finden ist. Mir erscheint dies einmal mehr als eine Pseudobeteiligung“, so Nicolaisen, auf deren Initiative nun dieser Newsletter auf das Forum aufmerksam macht.

Der Facharbeitskreis Innen- und Recht der CDU-Fraktion bittet darum, die im Forum abgegebenen Beiträge ebenfalls zur Kenntnis zu bekommen. So wird sicher gestellt, dass die CDU als größte Oppositionsfraktion ebenfalls eine Auswertung vornehmen kann.

Bitte senden Sie Ihre Beiträge unter dem Betreff „Planungsräume“ an unseren wissenschaftlichen Referenten für Innen- und Rechtspolitik, Christoph Münch unter folgender Mailadresse:

christoph.muench@cdu.ltsh.de

Die Planungsraum-Modelle können Sie unter folgendem Link einsehen:

http://www.schleswig-holstein.de/STK/DE/Schwerpunkte/Landesplanung/AktuelleProjekte/Landesplanungsgesetz/Vorschlaege/vorschlaege_node.html#doc1136772bodyText4

Kommentare können Sie unter folgendem Link abgeben:

http://www.schleswig-holstein.de/STK/DE/Schwerpunkte/Landesplanung/AktuelleProjekte/Landesplanungsgesetz/Forum/forum_node.html

CDU-Fraktion hakt in Sachen Heydemann nach Heiner Rickers stellt kleine Anfrage zu Machbarkeitsstudie



Heiner Rickers, MdL

Es war der Aufreger der Woche: Laut Koalitionsbeschluss wollen SPD, Grüne und SSW 380.000 Euro für eine Machbarkeitsstudie zu einer „Bio-Informenta“ und dem parallelen Ankauf von Modellen ausgeben. Schnell kam heraus: Es geht dabei um Mittel für den ehemaligen Umweltminister Berndt Heydemann (Kabinett Engholm).

„Das ist Irrsinn. Der ehemalige schleswig-holsteinische Umweltminister Berndt Heydemann versucht seit Monaten, durch Einzelgespräche auf den Fluren des Landeshauses Geld für sein in Mecklenburg-Vorpommern krachend gescheitertes Projekt locker zu machen“, hatte

CDU-Fraktionschef Johannes Callsen bereits in der vergangenen Woche erklärt.

2007 hatte Mecklenburg-Vorpommern laut einem Bericht der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 22. Oktober 2009 die Förderung eingestellt, weil statt der von Heydemann für seinen Park in Nieklitz erwarteten 130.000 Besucher pro Jahr nur 12.000 kamen. Etwa 3,7 Millionen Euro Fördergelder hatte Mecklenburg-Vorpommern sich bis dahin laut FAZ "den Lebenstraum des ehemaligen schleswig-holsteinischen Umweltministers" kosten lassen.

Am Dienstag ruderte die Koalition nach massivem öffentlichem Druck zurück: Man halte lediglich an der Machbarkeitsstudie für 130.000 Euro fest, der Ankauf der Modelle sollte abhängig vom Ausgang der Studie erfolgen.

„Was soll die Machbarkeitsstudie für 130.000 Euro, wenn die Grünen zu Recht eine dauerhafte Alimentierung einer Bio-Informanta ablehnen? Das ist ein Kompromiss aus dem Tollhaus“, so Callsen.

Zwischenzeitlich nährten Medienberichte den Verdacht, dass Heydemann selbst damit rechne, die 130.000 Euro für die Machbarkeitsstudie zu erhalten. „Das wäre ein handfester Skandal. Die Koalition will dem ehemaligen Engholm-Kabinettsmitglied Heydemann mit schleswig-holsteinischen Steuergeldern über die Zeit helfen, nachdem Mecklenburg-Vorpommern den Geldhahn zugekehrt hat“, kommentierte der CDU-Fraktionschef und kündigte an, seine Fraktion werde sehr genau hin sehen.

Am Freitag stellte CDU-Umweltpolitiker Heiner Rickers eine kleine Anfrage, mit der die Vergabe der Machbarkeitsstudie genau untersucht werden soll.

Landesforsten auf der Erfolgsspur **CDU- Fraktion überzeugt sich von positiver Bilanz**

Vor fünf Jahren wurden unter der CDU-geführten Landesregierung die „Landesforsten“ als Anstalt Öffentlichen Rechts errichtet. Auf Anregung ihres langjährigen forstpolitischen Sprechers, Hartmut Hamerich, besuchte der Arbeitskreis „Agrar und Umwelt“ der CDU-Landtagsfraktion aus diesem Anlass die Einrichtung in Neumünster.

Gemeinsam mit Vertretern der Landeseinrichtung unter Leitung ihres Direktors, Tim Scherer diskutierten die Abgeordneten die aktuelle Situation. Übereinstimmend zogen sie eine positive Bilanz. Die Kernaufgabe der Anstalt ist die Bewirtschaftung der etwa 50.000 Hektar Landeswald. Hinzu kommen zusätzliche Gemeinwohlaufgaben wie: Waldpädagogik und Umweltbildung, Naturschutz und Ausbildung.

Gute Holzpreise und eine nachhaltige Holzbewirtschaftung haben sich in hervorragenden Jahresabschlüssen niedergeschlagen. Jetzt, wie die Landesregierung es beabsichtigt, weitere Flächen aus der Bewirtschaftung zu nehmen und den Naturwaldanteil zu steigern, würde diese Entwicklung beenden. In diesem Fall müssten wieder verstärkt Landesmittel aufgebracht werden.

Durch den Verzicht auf eine Wiederbesetzung und auslaufende Stellen konnte die Zahl der Forstwirte, Angestellten und Beamte in den vergangenen fünf Jahren von 200 auf 185 gesenkt werden. Der Betriebskostenzuschuss des Landes zu den Landesforsten, der im Jahr 2008 noch über 3,3 Mio € betragen hatte, konnte bereits in diesem Jahr auf Null gesenkt werden. „ Das ist eine Erfolgsgeschichte, wie man sie sich häufiger wünschen würde“, erklärte Rickers.



Teilnehmer des Besuchs

Schlag ins Gesicht des Ehrenamtes

Landesregierung entsendet zukünftig keine Vertreter mehr zu hohen Feuerwehrjubiläen

Die Landesregierung entsendet seit Beginn dieses Jahres keine Vertreter mehr zu 100 jährigen und 125 jährigen Gründungsjubiläen der Feuerwehren im Land, dies wurde jetzt durch die Antwort der Landesregierung auf eine entsprechende Anfrage der CDU-Abgeordneten Petra Nicolaisen und Johannes Callsen öffentlich.

Künftig sollen lediglich zum goldenen Jubiläum nach 150 die Ehrengaben durch einen Vertreter der Landesregierung überreicht werden. Die Landesregierung sieht sich demnach nicht mehr in der Lage, die Feuerwehren in Schleswig-Holstein die gebührende Anerkennung und Wertschätzung zu erbringen.

„Die Landesregierung lässt die Feuerwehren im Land bei Jubiläen im Regen stehen. Sie bricht damit nicht nur mit einer langjährigen Tradition, sondern offenbart damit auch ihre geringe Wertschätzung gegenüber dem Ehrenamt“, so der CDU-Fraktionsvorsitzende Johannes Callsen.

Die Landesregierung begründet ihre Entscheidung mit dem entstehenden zeitlichen Aufwand. Zukünftig sollen die Überreichung der Ehrengaben durch die jeweiligen Landräte oder Oberbürgermeister erfolgen.

„Diese Entscheidung der Landesregierung ist nicht nachzuvollziehen. Die zahlreichen Mitglieder der Feuerwehren in unserem Land leisten hervorragende Arbeit, dass ihre Arbeit mit dieser Nichtbeachtung gestraft wird, haben sie nicht verdient“, so Callsen.

Link zur Antwort der kleinen Anfrage:

<http://www.cdu.ltsh.de/media/18-428.pdf>

V.i.S.d.P
CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag
Dirk Hundertmark, Pressesprecher
Tel.: 0431/988-1440
dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de